

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

September 2012 N° 11

Albaniens langer Weg in die Europäische Union

Innenpolitischer Machtkampf blockiert zentrale Reformen

von Ulrike Stern und Sarah Wohlfeld

Zusammenfassung

Albaniens langer Weg in die Europäische Union

Innenpolitischer Machtkampf blockiert zentrale Reformen

von Ulrike Stern und Sarah Wohlfeld

Im Jahr 2009 hat Albanien sein Beitritts-gesuch bei der Europäischen Union (EU) eingereicht. Unterstützt von der breiten Bevölkerungsmehrheit deklarieren alle politisch bedeutsamen Kräfte des Landes den EU-Beitritt als oberstes Politikziel.

Dennoch macht Albanien nur geringe Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und Konsolidierung seiner Demokratie. Eine der wichtigsten Ursachen hierfür ist die starke Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien, der Demokratischen Partei (DP) und der Sozialistischen Partei (SP), und die stark personalisierte Fehde ihrer beiden Vorsitzenden, Salih Berisha und Edi Rama. Das bipolare politische System behindert ein kooperatives Miteinander und somit ein rasches Fortkommen im Reformprozess. Der Konflikt reicht weit in die Gesellschaft hinein. Die Medien sind eingebunden in die politische Auseinandersetzung und vertreten mehr oder weniger offen entweder die Interessen der DP oder der SP. Auch die Zivilgesellschaft ist gespalten. Nur wenige Organisationen agieren politisch unabhängig.

Die Ursachen für die starke Polarisierung in Albanien liegen vor allem in der politischen Kultur des Landes, das in seiner Geschichte kaum Erfahrungen mit Demokratie gemacht hat. Der ehemalige albanische Diktator Enver Hoxha hatte ab 1944 ein stalinistisch geprägtes, kommunistisches System der totalen Kontrolle und Abschottung nach außen installiert. Die Nachwirkungen dieser Zeit sind bis heute spürbar. In Albanien hat nach 1990 weder ein umfassender Austausch der Elite noch eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden.

Neben der extremen politischen Polarisierung sind mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Korruption, organisierte Kriminalität und ein im europäischen Vergleich kaum konkurrenzfähiges Wirtschaftssystem weitere Hürden Albaniens auf dem Weg in die EU. Die Europäische Kommission hat im Sinne ihres Konditionalitätsansatzes 2010 zwölf Prioritäten benannt, die Albanien vor der Verleihung des Kandidatenstatus bearbeiten soll. Bisher hat es hierbei jedoch kaum Fortschritte gegeben. Für nachhaltigen Wandel ist der politische Wille der albanischen Elite entscheidend; sie muss ihre Machtakrobaten den dringenden Reformen unterordnen. Langfristig kann nur eine europäisch sozialisierte Generation das Land grundlegend reformieren.

Summary

Albania's Long Road into the European Union

Internal Political Power Struggle Blocks Central Reforms

by Ulrike Stern and Sarah Wohlfeld

In 2009 Albania submitted its formal application for European Union (EU) membership. Supported by a broad majority of its citizens, the top politicians of the country vowed to make the achievement of this membership their main political goal.

Nevertheless, so far Albania has made little progress in developing and consolidating its democracy effectively. One of the biggest obstacles is the deep polarization between the two major parties – the Democratic Party (DP) and the Socialist Party (SP) – and the strong personal feud between their leaders, Salih Berisha and Edi Rama. This political tension prevents an effective co-operation between the parties and therefore any speedy progress to implement the necessary reforms. But the conflict touches all levels of society. While the media is largely party-political and prone to take sides in the ongoing political power struggle between the SP and DP – either overtly or covertly – the civil society is divided as well and only very few organizations are truly independent.

The causes for this strong polarization in Albania can be found in the political culture of the country – which historically has had next to no experience of democracy. The former Albanian dictator Enver Hoxha firmly adhered to Stalinist lines, imposing communism and strict isolation from all other countries. The shadows that this era cast are still noticeable today. After 1990, a part of the oligarchical power elite is still in place and the past has not been dealt with honestly.

Aside from the extreme political polarization, hurdles to an EU membership that still need to be overcome include the lack of a rule of law, rampant organized crime and corruption, and an economy that is hardly able to compete with those of other EU members. The European Commission has outlined twelve key priorities as identified in the EU 2010 Opinion on the Country's European Union Membership Application – conditions that Albania still has to meet before it can be accepted as an EU candidate. However, little progress has been made so far. A decisive and long-lasting change can only be brought about through the political willpower of the Albanian elite, which essentially means that their involvement in those power machinations they currently engage in needs to be subjugated in favour of a stronger focus on urgently needed political reform. On a long-term basis, only a European socialized generation can effectively execute fundamental reforms in Albania.

Inhalt

Der lähmende Machtkampf in Tirana	7
Reformstau durch Boykott des Parlaments.	8
Präsidentenwahl 2012 als Machtprobe	9
Taufziehen um die Wahlrechtsreform.	10
Auswirkungen der Polarisierung in der Gesellschaft.....	11
Medien – instrumentalisiert und gefügig	11
Zivilgesellschaft – abhängig und schwach.....	12
Fehlende Kompromissfähigkeit als Nachwirkung der Diktatur.....	12
Pseudo-Aufarbeitung der Vergangenheit.....	13
Jenseits der Polarisierung – weitere Hürden im europäischen Integrationsprozess.....	13
Fragiles Rechtssystem und Korruption	14
Kriminalität und organisiertes Verbrechen	14
Wirtschaft mit Aufholbedarf	15
Das europäische Engagement in Albanien.....	16
Druck durch Konditionalität	16
Nachhaltiger Wandel nur durch Eigenverantwortung	17
Fortgeführter Machtkampf oder europäische Perspektive?	18
Anmerkungen.....	18

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Albaniens langer Weg in die Europäische Union

Innenpolitischer Machtkampf blockiert zentrale Reformen

von Ulrike Stern und Sarah Wohlfeld

Die europäische Erweiterungspolitik hat in den letzten zwei Jahrzehnten bedeutend zum Aufbau von demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen in Mittel- und Osteuropa beigetragen. Entsprechend groß waren die Hoffnungen, dass sich dieser Erfolg auf die Länder des westlichen Balkans übertragen lässt. Die Konsolidierung der demokratischen Systeme und die europäische Integration der Region entsprechen dabei dem genuinen Sicherheits- und Stabilitätsinteresse der Europäischen Union (EU).¹ Abgesehen von Kroatien, das 2013 EU-Mitglied wird, empfiehlt sich jedoch bislang kein Land in der Region für eine zeitnahe Aufnahme. Dies gilt auch für Albanien, das im April 2009 offiziell den Beitritt zur EU beantragt hat.

Dabei deklariert die politische Elite in Tirana, so auch Ministerpräsident Salih Berisha², den EU-Beitritt als oberstes Politikziel.³ Auch zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Albanien und dem Ende der totalen Isolation des vom Diktator Enver Hoxha stalinistisch regierten Landes klaffen der Beitrittswunsch und die realen Beitrittschancen noch weit auseinander. Um die Entwicklungsperspektiven Albaniens einzuschätzen, werden im Folgenden zunächst die innenpolitischen Zusammenhänge und Ursachen des Demokratiedefizits analysiert – vor dem Hintergrund, dass Demokratisierung vor allem ein interner Prozess ist, der von Binnenakteuren angetrieben wird.⁴ Anschließend wird das europäische Engagement in Albanien betrachtet.⁵

Der lähmende Machtkampf in Tirana

Ein EU-Beitritt Albaniens erscheint momentan in weiter Ferne. Dabei ist die Außenpolitik des Landes überaus konstruktiv: Albanien unterhält gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern und setzt sich für regionale Kooperation ein. Die politische Elite verzichtet gänzlich auf nationalistische Agenden und wirkt mäßigend auf die albanischen Minderheiten in der Region ein. Ein Blick auf die innenpolitische Verfasstheit des Landes offenbart dagegen grundlegende Defizite.

Seit der Unabhängigkeit 1991 stehen sich im albanischen Parteiensystem zwei große Parteien unversöhnlich gegenüber, die Demokratische Partei (DP; albanisch: Partia Demokratike e Shqipërisë) unter Berisha und die Sozialistische Partei (SP; albanisch: Partia Socialiste e Shqipërisë) mit ihrem aktuellen Vorsitzenden Edi Rama⁶. Diese beiden Parteien dominieren das Parlament (albanisch: Kuvend) und die öffentliche Meinung. Kleine Parteien konnten die dadurch entstandene Bipolarität des politischen Systems bislang nicht aufbrechen.⁷

Als Nachfolgepartei der kommunistischen Partei der Arbeit Albaniens (albanisch: Partia e Punës e Shqipërisë) gewann die SP 1991 die erste Parlamentswahl, wobei die gerade neu gegründete DP zu diesem Zeitpunkt noch kaum organisiert war. Bei vorzeitigen Neuwahlen im Jahr 1992 siegten dann die Demokraten, die sich in der Tradition der konservativen Parteien Europas sehen. In der Parlamentswahl 1996 wurden sie bestätigt. Kurze Zeit

später war die Regierung jedoch in die »Pyramidenkrise« verwickelt, bei der albanische Staatsbürger in Folge von Investitionen in komplexe Finanzierungsstrukturen unseriöser Finanzberater große Mengen Geld verloren. Es folgte ein gewaltsamer Aufstand, der nur durch eine 6000 Mann starke multinationale Schutztruppe der Vereinten Nationen unter Kontrolle gebracht werden konnte.⁸ Die anschließenden Neuwahlen im Jahr 1997 gewann die SP. Ein erneuter Regierungswechsel fand 2005 statt. Seitdem ist Berisha, der die Politik des Landes – als Parteivorsitzender der DP und ehemaliger Präsident – seit dem Ende des Kommunismus entscheidend prägt, Ministerpräsident Albaniens.

Die tiefgehende Abneigung zwischen DP und SP führt zu permanentem Streit und dominiert die politische Debatte bis hin zur lokalen Ebene; teilweise erschwert hier die Zentralregierung oppositionellen Amtsträgern die Arbeit.⁹ Verschärft wird die Polarisierung in den letzten Jahren durch die stark personalisierte Fehde zwischen den beiden Parteiführern, Berisha und Rama. Die Parteien selbst spielen dabei eine untergeordnete Rolle, sie dienen lediglich als institutioneller Unterbau der Parteiführer. Einmal an der Macht, stehen diese unangefochten an der Spitze. Innerparteiliche Demokratie ist praktisch nicht vorhanden. Die Parteivorsitzenden werden nahezu kritiklos akzeptiert.¹⁰

Das albanische System ist hochgradig personalisiert; die Identifikation mit einer Partei basiert weniger auf Programmen und Ideologien als vielmehr auf persönlichen Loyalitäten.¹¹ Der Besitz von Macht ist vor allem Selbstzweck und dient dem persönlichen Profit der Machthaber. Diese verteilen Posten, Aufträge und Genehmigungen häufig nicht nach objektiven Kriterien, sondern nach den Regeln von Clan- und Klientelwirtschaft. Wer sich in einer Partei engagiert, hofft zumeist, von deren möglichen Wahlsieg konkret zu profitieren.¹² Bei Regierungswechseln wird das Personal in der öffentlichen Verwaltung umfassend – nicht nur in hohen Positionen – ausgetauscht; wichtige Erfahrungswerte und Fachkenntnisse gehen somit verloren.¹³

Gleichzeitig sind die ideologischen Unterschiede zwischen DP und SP verschwindend gering. Ganz oben auf der Agenda steht für beide Parteien offiziell die europäische Integration des Landes. Gerade die Annäherung an die EU wird jedoch durch die extreme Polarisierung ausgebremst. Verfassungsgemäß unabhängige Institutionen und demokratische Prozesse werden zum eigenen Vorteil instrumentalisiert.¹⁴ Dies wird im Folgenden am Beispiel des Parlaments, der Präsidentschaftswahl und der Wahlrechtsreform gezeigt.

Reformstau durch Boykott des Parlaments

Weitreichende Konsequenzen hatte die Polarisierung im Nachgang der Parlamentswahl 2009. Die Entscheidungsfindung konzentriert sich in der Realität stark auf die Führungsspitzen der Parteien; der Einfluss des Parlaments – auch bedingt durch geringe finanzielle und administrative Ressourcen – ist eher schwach.¹⁵ Dennoch können Reformvorhaben verfassungsgemäß nur durch Mehrheiten im Kuvend auf den Weg gebracht werden. Alle Gesetze, die die albanische Verfassung berühren, bedürfen einer qualifizierten Dreifünftelmehrheit.¹⁶ Dies betrifft viele Entscheidungen zur Annäherung an die EU-Gesetzgebung. Das Dreifünftelquorum wurde nach der Parlamentswahl 2009 nicht mehr erreicht: Die SP boykottierte das Parlament, die sozialistischen Abgeordneten erschienen nicht im Plenum. Bereits 1997 bediente sich die DP dieses Instruments der politischen Auseinandersetzung; im Nachgang der verlorenen Parlamentswahl 1997 boykottierte die Partei ebenfalls die parlamentarische Arbeit.¹⁷

Auch dem Parlamentsboykott der SP war 2009 ein Sieg des politischen Gegners vorausgegangen. Die DP ging nach der Wahl gemeinsam mit der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI; albanisch: Lëvizja Socialiste për Integrim), die 2004 aus einer Abspaltung von der SP hervorgegangen war, der Partei für Gerechtigkeit und Integration (PDI; albanisch: Partia për Drejtësi dhe Integrim) und der Partei für Gerechtigkeit und Einheit (PDU; albanisch: Partia për Drejtësi dhe Unitet) eine Koalitionsregierung ein. Die Sozialisten unter Rama warfen der DP massive Wahlfälschung vor. Die Wahlbeobachtungsmission der Organisation für

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) dokumentierte in der Tat Unregelmäßigkeiten. Sie kritisierte vor allem die Politisierung technischer und administrativer Aspekte – besonders hinsichtlich der Stimmauszählung, die in einigen Regionen aufgrund von parteipolitischen Streitigkeiten zwischenzeitlich zum Erliegen kam – sowie unsaubere Wahlkampfmethoden. Insgesamt kam die OSZE jedoch zu dem Schluss, dass grundlegende demokratische Standards eingehalten wurden.¹⁸

Den negativen Höhepunkt erreichte der innenpolitische Machtkampf im Januar 2010: Bei Demonstrationen gegen die Regierung kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen. Vier Demonstranten kamen dabei ums Leben – die genauen Vorgänge sind bis heute ungeklärt. Die europäischen Partner und internationalen Vertreter vor Ort erhöhten in der Folge ihren Druck auf die albanische Regierung und Opposition und forderten eine konstruktivere Zusammenarbeit. Die beiden großen Fraktionen des Europäischen Parlaments, die Europäische Volkspartei (EVP) und die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (PASD), starteten im Mai 2010 Vermittlungsversuche, die jedoch scheiterten. So war auch die Kommunalwahl im Mai 2011 geprägt von einem vergifteten Klima, Irregularitäten und Protest – vor allem in der Hauptstadt Tirana.¹⁹

Die genauen Beweggründe der Sozialisten, im September 2011 ins Parlament zurückzukehren, liegen im Dunkeln. Es ist jedoch anzunehmen, dass der internationale Druck zu groß wurde. Zudem wollte man verhindern, dass die Bevölkerung der Partei die Schuld an der stockenden EU-Integration gibt.²⁰ Auch wenn der Kuvend seit Herbst 2011 theoretisch wieder in vollem Umfang beschlussfähig ist, bleibt die Lage fragil. Ob die sich in gegenseitiger tiefer Abneigung gegenüberstehenden entscheidenden Akteure Berisha und Rama in Zukunft zur konsensualen Entscheidungsfindung bereit sind, ist fraglich.

Präsidentenwahl 2012 als Machtprobe

Die bis dato größte Bewährungsprobe für die Kooperationsfähigkeit von DP und SP nach der Rückkehr der SP ins Parlament im Herbst 2011

war die Präsidentschaftswahl, die im Mai und Juni 2012 stattfand. Die Kompetenzen des Präsidenten wurden durch eine Verfassungsänderung im Jahr 1998 zugunsten der Machtbefugnisse des Ministerpräsidenten erheblich reduziert. Gleichwohl besitzt er weiterhin unter anderem das Vorschlagsrecht für den Ministerpräsidenten, außerdem führt er das Oberkommando der Streitkräfte und sitzt dem Obersten Justizrat²¹ vor. Darüber hinaus obliegt ihm gemeinsam mit dem Parlament unter anderem die Ernennung der Verfassungsrichter, der Richter des Obersten Gerichtshofs, des Generalstaatsanwalts und des Vorsitzenden des Rechnungshofs.

Der Präsident wird vom Parlament mit Dreifünftelmehrheit – ab dem vierten Wahlgang mit absoluter Mehrheit – auf fünf Jahre mit dem Recht auf einmalige Wiederwahl gewählt. Wenn nach dem fünften Wahlgang kein Kandidat gewählt werden konnte, folgen Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Die Möglichkeit der Wahl des Präsidenten mit absoluter Mehrheit wurde erst durch eine Änderung der Verfassung 2008 geschaffen. Zuvor war in jedem Wahlgang eine qualifizierte Mehrheit (bis 1998 eine Zweidrittelmehrheit, ab 1998 eine Dreifünftelmehrheit) notwendig.²²

Hintergrund der Änderungen der Wahlmodalitäten war der problematische Verlauf der Präsidentschaftswahlen 2002 und 2007: In beiden Fällen besaß keine Koalition eine qualifizierte Mehrheit im Parlament und so gerieten die Wahlen jeweils zur Machtprobe zwischen Regierung und Opposition. Erst nach langem Tauziehen, Blockaden seitens der Opposition und internationalem Druck konnte ein Kandidat durchgesetzt werden.²³ Die neuen Wahlmodalitäten sollten solche Pattsituationen mit dem Risiko der anschließenden Auflösung des Parlaments zukünftig verhindern. Sie wurden – wie die Verfassungsänderungen 2008 insgesamt – von der OSZE und der Venedig-Kommission des Europarats ausdrücklich begrüßt,²⁴ wenngleich Missbrauch durch die Neuerungen wahrscheinlicher wird: Falls der Kandidat der Regierungsmehrheit ab dem vierten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt wird, kann er gemeinsam mit der stärksten Fraktion im Parlament hochrangige Posten, unter anderem im Justizbereich, nach politischen Motiven besetzen.²⁵ Problematisch war aber vor allem die

Art und Weise der Verabschiedung: Angesichts internationaler Forderungen nach einer Verfassungsreform einigten sich die Parteispitzen ohne öffentliche Debatte auf weitreichende Neuregelungen. Diese seltene Eintracht zwischen Berisha und Rama wurde durch die anstehende Parlamentswahl begünstigt: Beide Seiten hofften im Falle eines Wahlsieges von den neuen Regeln zu profitieren.

Ein positives Signal zur Kooperation wäre bei der Präsidentschaftswahl 2012 die Ernennung eines Konsenskandidaten gewesen. Im Vorfeld der Wahl hatten alle politischen Lager – auch auf Druck der internationalen Akteure vor Ort – dem Wunsch nach einem solchen Kandidaten Ausdruck verliehen. Besonders gilt dies für Rama; der Vorsitzende der SP stilisierte die Präsidentschaftswahl rhetorisch zur Schicksalswahl, indem er einen albanischen EU-Beitritt von der Ernennung eines Konsenskandidaten abhängig machte.

Es kam zu einem wochenlangen Tauziehen, bei dem selbst die Festlegung der Daten der einzelnen Wahlgänge zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Fraktionen im Kuvend führte. Die von den Demokraten vorgeschlagenen Kandidaten lehnten die Sozialisten unter dem Verweis auf deren Parteilichkeit ab.²⁶ Sie selbst sahen sich daraufhin mit dem Vorwurf der Blockadehaltung konfrontiert. Die ersten drei Wahlgänge, in denen eine qualifizierte Mehrheit und somit die Stimmen der Opposition nötig gewesen wären, fanden ohne Kandidaten statt. Ein von beiden Seiten akzeptierter Kandidat wurde bis zuletzt nicht gefunden – die SP machte während des Wahlprozesses keinen eigenen Vorschlag. Im vierten Wahlgang wählte die Regierungskoalition im Alleingang Bujar Nishani zum Präsidenten. Nishani war seit 1991 Mitglied der DP, seit 2005 für die Partei im Parlament und nach verschiedenen Kabinettsposten seit 2011 Innenminister in der Regierung Berisha.

Die Wahl eines aktiven Regierungsmitglieds verschärfte die aggressive Rhetorik weiter. Die Rivalität zwischen den Parteien lässt es rückblickend fraglich erscheinen, »ob der immer wieder heraufbeschworene ‚Konsenskandidat‘ überhaupt realistisch war«²⁷. Wie Nishani sein Amt führen wird, bleibt letztendlich abzuwarten. Bereits wenige

Wochen nach Amtsantritt sah er sich mit schweren Vorwürfen seitens der Opposition konfrontiert, bei der Ernennung eines neuen Geheimdienstchefs ohne vorherige Beratungen dem Personalwunsch Berishas – und damit allein politischen Motiven – gefolgt zu sein. Der scheidende Präsident Bamir Topi war 2007 allerdings ebenfalls Kandidat der DP-Regierung und emanzipierte sich im Laufe seiner Amtszeit von der Partei.

Auch wenn die Wahl des Präsidenten verfassungskonform verlaufen ist und ausländische Vertreter dies offiziell begrüßen, haben die im Vorfeld stattgefundenen Diskussionen und Auseinandersetzungen erneut die Unfähigkeit der Hauptakteure zur Kompromissfindung gezeigt und die Aufmerksamkeit von den dringenden Reformprozessen, wie beispielsweise der Wahlrechtsreform, zeitweise abgelenkt.

Tauziehen um die Wahlrechtsreform

Nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl bestimmte wieder die von der EU und OSZE mit Nachdruck geforderte Wahlrechtsreform die politische Agenda in Albanien. Seit 1998 sind Details der Wahlgesetzgebung nicht nur in allgemeinen Gesetzen, sondern auch in der Verfassung festgeschrieben. Dies soll verhindern, dass nach Wahlen die jeweils siegreiche Partei die Wahlgesetzgebung immer aufs Neue den eigenen Interessen gemäß anpasst. Der Kampf um das Wahlgesetz, der zum einen zwischen Regierung und Opposition und zum anderen zwischen den zwei großen Parteien und den kleinen Parteien ausgetragen wird, ging jedoch unvermindert weiter.²⁸

Mit den Verfassungsänderungen 2008 wurden bereits wichtige Forderungen der OSZE zur Wahlgesetzgebung umgesetzt – vor allem wurde ein regionales Verhältniswahlrecht eingeführt, das weniger komplex und somit für den Wähler leichter verständlich ist. OSZE und Europarat bewerteten die neue Gesetzgebung insgesamt als solide technische Grundlage für die Durchführung von demokratischen Wahlen, bemängelten jedoch weiterhin Lücken und unklare Passagen. Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Regularien betrafen vor allem technische Aspekte bei der Zusammenset-

zung der Wahlkommission sowie der Stimmauszählung, den Umgang mit Beschwerden, die computergestützte Wählerregistratur, den Zugang der Kandidaten zur Medienöffentlichkeit und die Kampagnenfinanzierung im Wahlkampf.²⁹

Ein zu diesem Zweck einberufener Parlamentsausschuss arbeitete seit Ende 2011 an der Umsetzung der internationalen Empfehlungen. Nach anfänglich positiven Zeichen warfen sich Regierung und Opposition gegenseitig vor, jegliches Vorankommen zu blockieren. Mehrere vom Parlament gesetzte Fristen zur Verabschiedung der Wahlrechtsreform verstrichen ohne Erfolg. Erst nach massivem Druck besonders seitens der OSZE und der Europäischen Kommission, die die Reform direkt mit einem möglichen Kandidatenstatus verknüpfte, erreichte der Parlamentsausschuss am 12. Juli 2012 eine Einigung, die vom Parlament wenige Tage später bestätigt wurde.

Die neue Wahlgesetzgebung wurde international begrüßt. Eines der größten Hindernisse bei der ordnungsgemäßen Durchführung von Wahlen in Albanien ist jedoch der fehlende politische Wille, im Sinne der Gesetze zu handeln. Es ist zu befürchten, dass auch die neuen Regularien dem politischen Machtkampf untergeordnet werden, auch weil die Wahlkommission und ihre Verwaltung nach wie vor aus von den Parteien ernannten Personen bestehen.³⁰

Nach der erfolgreichen Verabschiedung der Wahlrechtsreform schien auch eine Einigung hinsichtlich der Beschränkung der Immunität von Parlamentarabgeordneten, Ministern und Richtern möglich; ein wichtiger Schritt zur einer effektiveren Korruptionsbekämpfung. DP und SP einigten sich im Juli 2012 auf einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Die Opposition machte ihre Zustimmung zu dem Gesetz jedoch von weiteren Verfassungsänderungen abhängig; unter anderem forderte sie die Einführung der qualifizierten Mehrheit im Parlament bei der Besetzung wichtiger Positionen im Justizwesen. Es folgten öffentliche Beschimpfungen und gegenseitige Vorwürfe besonders seitens der Parteiführer Berisha und Rama. In der Folge stimmte die SP im August gegen das Gesetz; Berisha kündigte daraufhin ein Referendum an.

Der Inhalt eines solchen Referendums kann im Parlament jedoch ebenfalls nur mit den Stimmen der Opposition festgelegt werden. Es ist daher völlig unklar, wann und in welcher Form die Neuregelungen zur Immunität verabschiedet werden können.

Auswirkungen der Polarisierung in der Gesellschaft

Die Folgen des Konflikts zwischen DP und SP sind nicht nur im politischen System allgegenwärtig, sondern beeinträchtigen auch die Unabhängigkeit der Medien und der Zivilgesellschaft.

Medien – instrumentalisiert und gefügig

Der Medienmarkt in Albanien setzt sich zusammen aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und diversen privaten Unternehmen. Die Meinungsfreiheit ist grundsätzlich garantiert. Um überleben zu können, sind viele Medien jedoch auf Finanzquellen angewiesen, die an politische Agenden geknüpft sind. Fast alle wichtigen Rundfunk- und Printmedien stehen entweder der DP oder der SP nahe. Die Folge ist ein polarisierter Medienmarkt mit Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen, die mehr oder weniger offen die Interessen einer Partei vertreten. Die Medienmacht ist fest eingebunden in die politische Auseinandersetzung; eine unabhängige Berichterstattung findet so gut wie nicht statt.³¹

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht gänzlich unter dem Einfluss der Regierung. Das dortige Personal sowie die Mitarbeiter der staatlichen Nachrichtenagentur werden nach Regierungswechseln größtenteils ausgetauscht. Auf private Medien, die nicht konform berichten, übt die Regierungsseite Druck aus – unter anderem durch die Einführung von Sondersteuern oder die Kündigung von Mietverhältnissen.³²

Wirtschaftsvertreter nutzen den Medienmarkt, um Einfluss auf die Politik auszuüben. Als Besitzer oder Anteilseigner von Medien treten besonders Vertreter der einflussreichen Baubranche in Erscheinung. »Gute Berichterstattung gibt es gegen

Baugenehmigungen.«³³ Die Vermischung von politischen und ökonomischen Interessen mit der Berichterstattung gehört zu den größten Herausforderungen für die Unabhängigkeit der Medien.³⁴ Journalisten sind zudem meist nicht registriert und arbeiten ohne feste Verträge auf Honorarbasis. Das macht sie wiederum besonders anfällig für politischen Druck und Selbstzensur, da sie jederzeit kündbar sind.³⁵ Insgesamt leidet so die Qualität der Medienerzeugnisse.

Internet und soziale Medien können die Schwächen des albanischen Mediensystems kaum ausgleichen: Zwar findet dort in geringem Ausmaß ein Austausch über politische Themen statt, eine breite Masse ist daran jedoch nicht beteiligt.³⁶ Das fehlende Selbstverständnis einer aktiven Bürgergesellschaft ist hier ebenso ein Grund wie die unzureichende Versorgung mit Internetanschlüssen vor allem in ländlichen Gebieten.

Zivilgesellschaft – abhängig und schwach

Die albanischen nichtstaatlichen Organisationen (Non-Governmental-Organizations, NGOs) lassen sich weitestgehend in Unterstützer entweder der Regierung oder der Opposition aufteilen. Den Organisationen, die versuchen, sich aus dem Konflikt herauszuhalten, fehlt eine breite öffentliche Plattform. »Wirkung entfaltet nur, wer mitspielt. Und mitspielen kann nur, wer eine Position hat.«³⁷ Es gibt es eine starke personelle Vermischung zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Eine Karriere in der Zivilgesellschaft gilt Vielen als Sprungbrett in politische Ämter.³⁸ Ehemalige Politiker wiederum finden häufig Betätigungsmöglichkeiten in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Solch ein Verhalten verschärft zum einen die Politisierung der Zivilgesellschaft und diskreditiert zum anderen die Glaubwürdigkeit tatsächlich unabhängiger Organisationen. Das Vertrauen in die Zivilgesellschaft als Motor des Wandels ist dementsprechend gering.³⁹ Zudem ist die Auffassung, dass die Bevölkerung selbst die Regierenden kontrollieren und die Richtung bestimmen kann, heute kaum etabliert. Dies zeigt sich auch daran, dass Demonstrationen und Volksabstimmungen nur sehr punktuell und meist auf lokaler Ebene stattfinden.⁴⁰

Im politischen Prozess spielt die Zivilgesellschaft eine geringe Rolle. Auch wenn es etwa 1600 NGOs gibt, fehlen formale Mechanismen und die Praxis, diese in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Auch mangelt es am Willen der politischen Akteure, sich die Expertise der Zivilgesellschaft zu Nutze zu machen. Wertvolles Wissen, das zur höheren Qualität von Gesetzen und deren effizienterer Implementierung beitragen könnte, bleibt so ungenutzt.⁴¹

Zusätzlich mangelt es zivilgesellschaftlichen Akteuren häufig auch an ausreichend materiellen Ressourcen.⁴² Der Großteil der albanischen NGOs ist auf internationale Gelder, unter anderem von der EU, angewiesen. Die damit zusammenhängenden formalen Anforderungen sind jedoch sehr hoch; nicht alle Organisationen sind in der Lage, diese zu erfüllen. Finanzielle Unterstützung stellt seit April 2009 auch eine staatseigene Agentur (Civil Society Support Agency) bereit. Vertreter der Zivilgesellschaft bemängeln jedoch deren Vergabep Praxis, die regierungskritische Akteure benachteiligt.⁴³

Fehlende Kompromissfähigkeit als Nachwirkung der Diktatur

Die Gründe für die starke Polarisierung in Albanien finden sich in der politischen Kultur des Landes. Eine Bürgergesellschaft nach westlichem Verständnis hat es nie gegeben; im regionalen Vergleich kam Albanien mit seiner Gründung im Jahr 1912 erst spät zu einem eigenen Nationalstaat. Seitdem hat der albanische Staat kaum Erfahrungen mit Demokratie und demokratischen Verfahren des Machtwechsels gemacht. Nach einer nur kurzen demokratischen Phase in den 1920er Jahren folgten erst eine monarchische autoritäre Herrschaft, anschließend Besetzungen durch italienische und deutsche Truppen während des Zweiten Weltkriegs und mit der Machtergreifung durch den Kommunisten Enver Hoxha 1944 dann eines der repressivsten Systeme jener Zeit.

Bis zum Beginn der Aufstände gegen das stalinistische Regime im Jahr 1990 war Albanien – beson-

ders nach dem Bruch erst mit Jugoslawien, dann mit der Sowjetunion und anschließend mit China – international komplett isoliert. Die kommunistische Partei dominierte und überwachte alle Lebensaspekte. Jegliche Opposition wurde unterdrückt; Zuwiderhandlungen gegen das System wurden unmittelbar und mit aller Härte bestraft. Der Besitz von Macht innerhalb der Partei glich einer Lebensversicherung – der Verlust von Macht war dagegen extrem gefährlich.⁴⁴

Diese Mentalität autoritärer Herrschaftspraktiken und der starken Machtfokussierung, in der Kompromiss und Konsens als Schwäche angesehen werden, lebt bis heute fort.⁴⁵ Ein grundlegender Elitenaustausch hat nicht stattgefunden. Viele politische Akteure, die in den letzten 20 Jahren die politische Bühne betraten, wurden innerhalb des kommunistischen Systems sozialisiert.⁴⁶ Zusammen mit der fehlenden Stabilität der staatlichen Institutionen, Korruption, Armut und dem ständigen unproduktiven Machtkampf zwischen den Parteien erschwerte dies von Beginn an die Identifikation der Bürger mit dem neuen Staat.

Pseudo-Aufarbeitung der Vergangenheit

Die personelle Kontinuität nach dem Systemwandel hat eine ehrliche Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit verhindert. Gleichwohl wird heute der Vorwurf einer Beteiligung am kommunistischen System als rhetorische Waffe im Rahmen der politischen Auseinandersetzung eingesetzt. Ziel dieser Instrumentalisierung des Aufarbeitungsprozesses ist die Diffamierung politischer Gegner.⁴⁷

Direkt nach ihrem Wahlsieg 1992 entledigte sich die DP unliebsamer Beschäftigter in Behörden und staatseigenen Betrieben mithilfe des Verweises auf deren vorgebliche Verstrickungen mit dem alten Regime. Die Vorwürfe waren nicht überprüfbar, auch gab es keine Möglichkeit für die Betroffenen, Einspruch einzulegen. An einer wirklich transparenten Aufarbeitung war der Mehrheit der DP-Führung nicht gelegen, da sie selbst Karriere im kommunistischen System gemacht hatte. Dies war der Beginn einer andauernden Pseudo-Aufarbeitung.

Ein neues Gesetz im Jahr 1995 erlaubte einer Prüfungskommission exklusiven Zugang zu den Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes (kurz: Sigurimi; offiziell albanisch: Drejtoria e Sigurimit të Shtetit). Das Ziel, ehemalige Vertreter des kommunistischen Regimes zur Rechenschaft zu ziehen und die politische Belastung der Staatsbediensteten zu überprüfen, wurde durch die intransparente Arbeit des parteilich besetzten Komitees und die politisierte Anwendung der Gesetze von Beginn an unterkariert. Der Großteil der Beschuldigten gehörte dem SP-Lager an. Von der SP-Regierung wurde das Gesetz nach dem Wahlsieg 1997 aufgeweicht und 2001 schließlich außer Kraft gesetzt. Dass es seitens der Bevölkerung keinen Protest gab, liegt auch an der geringen Authentizität, die den Sigurimi-Akten mittlerweile beigemessen wird: 20 Jahre lang hatten politisch vorbelastete Machthaber Zugang zu den Dokumenten und somit die Möglichkeit, diese in ihrem Sinne zu manipulieren.⁴⁸ Bis heute gibt es keine wirkungsvollen Lustrationsgesetze in Albanien. Auch ein neuer Anlauf der DP-Regierung im Jahr 2009 scheiterte, nachdem die internationale Gemeinschaft und besonders die Venedig-Kommission einen neuen Gesetzesentwurf der Regierung scharf kritisierte⁴⁹, und die Opposition vor dem Verfassungsgericht gegen diesen klagte.

Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als Voraussetzung für einen grundlegenden Wandel in der Mentalität der Eliten ist bislang ausgeblieben. Heute ist die öffentliche Debatte vor allem vom Thema der europäischen Zukunft des Landes dominiert.

Jenseits der Polarisierung – weitere Hürden im europäischen Integrationsprozess

Die albanische Bevölkerung ist geeint in dem Wunsch nach einer europäischen Integration. Trotz des langwierigen und entbehrungsreichen Annäherungsprozesses und der aktuellen Euro-Krise ist die Zustimmung einer großen Mehrheit der Albaner zur EU-Integration ihres Landes ungebrochen. So befürworteten etwa 90 Prozent der Bevölkerung 2010 einen EU-Beitritt.⁵⁰ Dabei erscheint dieser

heute in weiter Ferne. Neben der Polarisierung sind die mangelnde Rechtsstaatlichkeit, die weit verbreitete Korruption, das organisierte Verbrechen und der unzureichende wirtschaftliche Entwicklungsstand zentrale Herausforderungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen demokratischen Stabilisierung und europäischen Integration Albaniens.

Fragiles Rechtssystem und Korruption

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde das Justizwesen in Albanien vollkommen neu aufgebaut und seit 1991 mehrfach umstrukturiert. Eine umfassende, internationalen Standards entsprechende Justizreform konnte bislang nicht verabschiedet werden. Wie alle staatlichen Strukturen ist auch das Justizwesen extrem politisiert; seine Unabhängigkeit wird durch ständige Versuche der Einflussnahme seitens der Regierung unterminiert.⁵¹ Besonders der Oberste Justizrat, dem auch der Justizminister angehört, eröffnet der Exekutive Einflussmöglichkeiten – er bestimmt unter anderem über die Ernennung von Richtern, Versetzungen und Disziplinarverfahren. Auch die Generalstaatsanwaltschaft sieht sich häufig mit Versuchen der politischen Instrumentalisierung konfrontiert.

Bei der Formulierung und besonders der Implementierung von Rechtsakten bestehen schwere Mängel. Dies liegt unter anderem am fehlenden politischen Willen, an ungenügenden technischen Kenntnissen und an der Nichtbeachtung lokaler Begebenheiten in den Gesetzestexten. Externe Expertise – beispielsweise von NGOs – bei der Erarbeitung und Implementierung der Gesetze wird kaum genutzt.

Eine der größten Bedrohungen für die Funktionsfähigkeit des Justizwesens ist die Korruption. In den vergangenen Jahren hat es hier kaum Fortschritte gegeben. Die Immunität der Richter, schlechte Arbeitsbedingungen und relativ geringe Gehälter erhöhen die Anfälligkeit der Beamten für Bestechlichkeit.⁵² Die Korruption im Justizwesen wiederum erschwert eine effektive Verfolgung von Korruptionsfällen in anderen Bereichen der Politik und Gesellschaft.

Hauptproblem bei der Korruptionsbekämpfung ist nicht eine mangelnde Qualität der Antikorruptionsgesetze, sondern deren Implementierung – bedingt durch schwache Institutionen und den fehlenden politischen Willen. Besonders gilt dies für Korruptionsfälle innerhalb der politischen Elite. Selbst wenn diese öffentlich werden, kommt es äußerst selten zu Ermittlungen. Wenn die Beschuldigten sich tatsächlich vor Gericht verantworten müssen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung sehr gering.⁵³ Breite öffentliche Aufmerksamkeit erlangte in diesem Zusammenhang der Prozess gegen Ilir Meta, LSI-Vorsitzender und seit 2009 Mitglied der Regierung Berisha. Trotz erdrückender Beweislast wurde Meta im Januar 2012 vom Obersten Gericht von dem Vorwurf der Korruption freigesprochen. Auch wenn er im Zuge der Anklage im Jahr 2011 seine Posten als stellvertretender Ministerpräsident und als Minister für Wirtschaft, Handel und Energie nach öffentlichem Druck aufgab, vertritt er als Vorsitzender nach wie vor seine Partei im Parlament.⁵⁴

Während die Bekämpfung der Korruption im Justizwesen und der Politik mangelhaft ist, lässt sich in den letzten zehn Jahren ein geringer Rückgang der alltäglichen Korruption feststellen.⁵⁵ So ist die Verbreitung der Korruption in der Wahrnehmung der Bevölkerung im Vergleich zu 2002 laut »Corruption Perception Index« (CPI) von Transparency International gesunken. Nach 2008 hat sich der Wert jedoch wieder leicht verschlechtert und stagniert seitdem.⁵⁶ Im regionalen Vergleich schneidet Albanien schlecht ab: Bis auf Kosovo weisen alle Länder im westlichen Balkan bessere Ergebnisse auf. Im Jahr 2011 lag Albanien beim CPI gemeinsam mit Indien, Kiribati, Swasiland und Tonga auf Platz 95.

Kriminalität und organisiertes Verbrechen

Die Rahmenbedingungen für organisiertes Verbrechen, Schmuggel und Drogenanbau sind in Albanien günstig; nicht zuletzt aufgrund seiner geografischen Beschaffenheit. »Das Land ist schwer zu kontrollieren.«⁵⁷ Den relativ wenigen Ebenen stehen große Flächen von zerklüfteten Gebirgen gegenüber. Außerdem gibt es aus Hoxhas Zeiten und durch Bergbau zahlreiche Bunker und Tunnel,

die sich als Rückzugsorte für Kriminelle eignen. Im Süden des Landes werden immer wieder Anbaugebiete für Cannabis entdeckt; die Beschlagnahmungen nehmen zu.⁵⁸ Auch Menschenhandel und -schmuggel sind weiterhin ein Problem. Die Schleusung von Zwangsprostituierten stieg in den letzten Jahren ebenso an wie das Geschäft mit konventionellen Arbeitskräften.⁵⁹ Jedoch fehlen hier – wie auch in anderen Bereichen des organisierten Verbrechens – zuverlässige Zahlen.⁶⁰

Organisierte Kriminalität und Korruption sind eng verbunden mit dem Prozess der postkommunistischen Transformation und der daraus folgenden Instabilität und Schwäche der albanischen staatlichen Institutionen. Die Akteure des organisierten Verbrechens sind oft gut mit den staatlichen Strukturen vernetzt, so dass eine signifikante Eindämmung ihrer kriminellen Machenschaften behindert wird.⁶¹ Auch die schwache wirtschaftliche Entwicklung des Landes und der daraus resultierende niedrige Lebensstandard erhöhen den Anreiz zu kriminellem Verhalten.⁶²

Wirtschaft mit Aufholbedarf

Albanien startete ökonomisch nach Ende der strengen Planwirtschaft auf einem extrem niedrigen Niveau. Ungeachtet des stetigen Aufwärtstrends in den letzten 20 Jahren ist sie daher bis heute im europäischen Vergleich nicht konkurrenzfähig.

Die hohe Arbeitslosigkeit von rund 12 Prozent, die weit verbreitete Schattenwirtschaft, eine geringe interne Nachfrage, die fehlende Rechtssicherheit sowie sinkende Auslandsüberweisungen wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus. Albanien war von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise weniger stark betroffen als viele seiner Nachbarstaaten. Negative Effekte beispielsweise in Form von zurückgehenden Exportzahlen waren dennoch spürbar. Für das Gesamtwachstum bedeutete das nach Zuwachsraten in den Jahren 2004 bis 2008 zwischen 5 und 6 Prozent in den Jahren 2009 und 2010 nur noch ein Wirtschaftswachstum von etwa 3,5 Prozent. Durch die andauernden Effekte der Euro-Krise erwarten

Experten für 2012 ein Wirtschaftswachstum von nur noch rund 2 Prozent.⁶³

Die Strategie der Regierung zur Förderung des Wirtschaftswachstums beinhaltet unter anderem eine 2008 eingeführte flat tax in Höhe von 10 Prozent, durch die der Konsum und ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) gefördert werden sollen. Darüber hinaus versucht sie, das Wirtschaftswachstum durch Großinvestitionen – vorrangig im Bereich Infrastruktur⁶⁴ – und Privatisierungen von Staatsbetrieben anzukurbeln. Die Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums werden durch die Erhöhung der Staatsschulden finanziert; diese werden im Jahr 2013 voraussichtlich auf etwa 62 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Gleichzeitig bleiben – trotz internationaler Appelle – Schritte zur Begrenzung der Staatsausgaben aus.⁶⁵

Trotz aller Bemühungen werden die wirtschaftlichen Wachstumspotenziale – der Tourismus sowie der Export von Rohstoffen und Mineralien wie Chrom und Öl, aber auch landwirtschaftlichen Produkten wie Nüssen und Oliven – nicht ausgenutzt. Die verbreitete Korruption sowie eine unzuverlässige Energieversorgung dämpfen auch das Engagement ausländischer Unternehmer.⁶⁶ Ein weiterer Hemmschuh bei der Ausschöpfung der wirtschaftlichen Potentiale sind unter anderem die ungeklärten Besitzverhältnisse von Landflächen – ein Relikt aus der postkommunistischen Umbruchsphase.⁶⁷

Auch konnte man seit den 1990er Jahren einen »brain drain« – die massenhafte Abwanderung leistungsfähiger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte – nicht verhindern.⁶⁸ Mittlerweile beobachten Experten zwar wieder eine signifikante »brain gain«-Bewegung; vor allem seit Mitte des letzten Jahrzehnts steigt die Zahl der Rückkehrer stetig.⁶⁹ Das polarisierte politische System und die politisierte Gesellschaft erschweren Heimkehrern ohne entsprechende persönliche Netzwerke jedoch den Einstieg in den Staatsdienst sowie in nationale Wirtschaftsunternehmen.⁷⁰ Die Gefahr eines »brain waste« oder auch eines »brain re-drain« ist somit signifikant.⁷¹ Dabei ist eine erfolgreiche Eingliederung der leistungsfähigen Heimkehrer in die staat-

lichen Strukturen und die heimische Wirtschaft für das wirtschaftliche Fortkommen und letztlich auch für eine erfolgreiche europäische Integration des Landes essenziell.

Das europäische Engagement in Albanien

Die Verhandlungen zu einem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der EU und Albanien begannen 2003 und konnten im Februar 2006 abgeschlossen werden; 2009 trat das Abkommen Kraft. Der dahinter stehende Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) reagiert differenziert auf die individuellen Bedürfnisse der Zielländer und ist final auf deren EU-Beitritt ausgerichtet. Ein zentrales Instrument sind dabei die jährlich im Herbst erscheinenden Fortschrittsberichte, die die Erfolge des Landes bei der Erfüllung der Beitrittsbedingungen darstellen.⁷² Die Kommission verfasst diese auf Grundlage eines ersten Entwurfs durch die EU-Delegation vor Ort.

Nachdem Albanien 2009 offiziell den Antrag zur Aufnahme in die EU eingereicht hat, fielen die Fortschrittsberichte in den beiden darauffolgenden Jahren nicht befriedigend aus. In der Folge wurde der Antrag auf Empfehlung der Kommission vom Rat jeweils abgelehnt. Kritikpunkte betrafen vor allem die schwierige Situation zwischen Regierungs- und Oppositionslager und die dadurch ausbleibenden Reformen. Dennoch konnte Ende 2010 mit der Einführung der Visaliberalisierung zwischen der EU und Albanien ein Erfolg im Annäherungsprozess verbucht werden. Albanische Bürger, die im Besitz eines biometrischen Passes sind, können nun für die Dauer von drei Monaten visumfrei in den Schengen-Raum reisen.

Die finanziellen EU-Hilfen werden seit 2007 durch das Instrument für Heranführungshilfe (Instrument for Pre-Accession Assistance, IPA) geleistet.⁷³ In den Jahren 2010 bis 2012 zahlt die EU aus dem IPA-Fond jährlich etwa 84 Millionen Euro im Bereich »Transition Assistance and Institution Building« sowie etwa 10 Millionen Euro in der »Cross-border Co-operation« (CBC) an Albanien.

2013 werden die Gesamtzahlungen an das Land in diesen beiden Bereichen im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal um rund 3 Millionen Euro steigen.⁷⁴ Dabei konzentriert sich die EU auf die Unterstützung des Systemwandels, die Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen, die Annäherung der albanischen Gesetze an EU-Recht, die wirtschaftliche Entwicklung sowie auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Seit den letzten Erweiterungsrounden 2004 und 2007 hat die EU ihre Erweiterungsstrategie reformiert. Diese beinhaltet unter anderem eine konsistentere Anwendung des Konditionalitätsinstruments und eine stärkere Betonung der nationalen Verantwortung.⁷⁵

Druck durch Konditionalität

Die direkte Konditionalität durch die EU-Mitgliedschaftsperspektive stellt kurz- und mittelfristig den wirksamsten Hebel zur Fortentwicklung Albanien dar.⁷⁶ Im Sinne eines konsequenten und effizienten Gebrauchs des Konditionalitätsinstruments werden in einzelnen Bereichen möglichst genaue Forderungen formuliert. Mithilfe von kleinteiligeren Benchmarks und Zwischenreformschritten will die EU Albanien die Bewältigung des Reformprozesses erleichtern. Diese Konditionalität befähigt auch die Bevölkerung, das Handeln der Politiker direkt mit konkreten Ergebnissen zu verbinden. Machtkämpfe zu Lasten der Integrationsbemühungen wirken sich so unmittelbar auf das Ansehen der Politiker aus.

Entsprechend hat die Kommission in ihrer den Fortschrittsbericht von 2010 begleitenden Meinung zwölf konkrete Prioritäten genannt, die Albanien zur Erlangung des Kandidatenstatus in den Fokus nehmen sollte. Diese adressieren die dringendsten Reformbedürfnisse im Land: Eingefordert wurden ein demokratischer Dialog zwischen den Parteilagern und die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des albanischen Parlaments, außerdem eine an OSZE-Empfehlungen orientierte Wahlrechtsreform, eine Reform der öffentlichen Verwaltung, die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, die Ernennung eines Ombudsmannes, die effektive Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens, die Reform des Boden-

rechts und die Durchsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten.⁷⁷

Die albanische Regierung und das Parlament orientieren sich in ihren Reformbemühungen offiziell vor allem an diesen Prioritäten. Ein Aktionsplan der Regierung spezifiziert die Maßnahmen, Zeitpläne, Ressourcen und die verantwortlichen Akteure zur Erfüllung der zwölf Prioritäten.⁷⁸ Einen kleinen ersten Erfolg konnte Albanien im Dezember 2011 mit der Bestellung eines parteiübergreifend akzeptierten Ombudsmanns verbuchen. Er setzt sich für die Sicherstellung der Rechte einzelner Personen und Gruppen gegenüber staatlichen Behörden ein. Auch die formale Verabschiedung der Wahlrechtsreform im Juli 2012 zeigte, dass die beiden verfeindeten politischen Lager in bestimmten Fällen zur Verständigung fähig sind. Allerdings werden solche Einigungen immer nur mit großer Anstrengung und nach Druck von außen erreicht; so konnte die Wahlrechtsreform nur unter Einflussnahme der EU, der OSZE und des Europarats und nach Verstreichen mehrerer Fristen verabschiedet werden. Zusätzlich verlangt die Umsetzung der noch ausstehenden zahlreichen Reformen ungleich größere Anstrengungen, da diese anspruchsvoll und umfangreich sind.

Dass wichtige Reformen durch die Polarisierung weiter erschwert und verzögert werden, zeigt sich auch an der Diskussion um die Beschränkung der Immunität von Parlamentsabgeordneten, Ministern und Richtern. Obwohl sich DP und SP auf einen Gesetzestext einigen konnten, bestimmten gegenseitige Anschuldigungen und Beschimpfungen in der Folge die Agenda. Letztendlich scheiterte die Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Parlament; wann dieser Reformschritt erfolgt ist nicht absehbar.

Nachhaltiger Wandel nur durch Eigenverantwortung

Angesichts des stockenden Reformprozesses ist es wahrscheinlich, dass es sich bei den pro-europäischen Äußerungen der Machthaber teilweise lediglich um Lippenkenntnis handelt. Die gewählten Politiker sind sich bewusst, dass die mit der EU-Integration zusammenhängenden Vor-

teile größtenteils erst nach der eigenen Amtszeit eintreten werden. Im Rahmen des schmerzhaften Reformprozesses sind sie kaum zu Opfern und Kompromissen bereit;⁷⁹ die Verlockung ist groß, sich mit dem bisher Erreichten zufrieden zu geben. Druck durch Konditionalität kann punktuell Einigung erzwingen, wie es beispielsweise bei der Wahlrechtsreform der Fall war. Für einen nachhaltigen Wandel müssen die albanischen Akteure jedoch von dem Wert eines konstruktiven Miteinanders überzeugt sein. Nur durch die Förderung eines eigenverantwortlichen Bewusstseins für den Eigenwert und die Sinnhaftigkeit eines respektvollen Miteinanders von Regierungs- und Oppositionsparteien und die anstehenden Reformen – eines »local ownerships« – kann der Reformprozess langfristig Früchte tragen.⁸⁰ Da die Unfähigkeit und der Unwillen der albanischen Akteure jedoch der Kern des Problems sind, liegt genau hier die besondere Herausforderung. Auch Zivilgesellschaft und Medien können nur bedingt als Korrektiv gegenüber den Machthabern fungieren.

Eine europäische Sozialisation ist somit unabhängig, um das Land langfristig und nachhaltig zu reformieren. Diese beinhaltet die Einbindung albanischer Akteure, insbesondere der jungen Elite, in bestimmte Programme und Politikbereiche der EU – auch vor einer möglichen Zuerkennung des Kandidatenstatus. Zu den Politikbereichen, die eine europäische Sozialisation befördern, gehören unter anderem Bildung und Wissenschaft. Bereits heute ist Albanien beispielsweise am Erasmus Mundus-Programm, das jungen Albanern Studienaufenthalte in der EU ermöglicht, beteiligt. Über den Bildungsbereich hinaus findet europäische Sozialisation auch durch Albanien's Einbindung in das TAIEX-Programm (Technical Assistance Information Exchange Unit) statt. Dabei leisten Kurzzeitexperten aus der EU vor Ort technische Unterstützung, indem sie die Annäherung der albanischen Gesetze und deren Implementierung gemäß EU-Regelungen begleiten. Darüber hinaus erleichtert die Visafreiheit people-to-people-Kontakte. Auf diese Weise wird eine Sozialisation mit europäischen Werten begünstigt. Das Wissen über den europäischen Integrationsprozess und die Sinnhaftigkeit von Reformen wächst – und damit

auch die Wahrscheinlichkeit einer rascheren und nachhaltigeren Annäherung Albaniens an die EU.

Zur europäischen Sozialisation der albanischen Elite und Bevölkerung gehört auch eine klare Kommunikation der Forderung nach Eigenverantwortung und der Bedingungen und Kosten des Annäherungsprozesses⁸¹ – gerade weil große Wissenslücken bezüglich der Bedeutung und Folgen einer stärkeren Integration in europäische Strukturen bestehen. Somit kontrolliert man überzogene Erwartungen an den europäischen Faktor und verringert das Frustrationspotenzial. Die dadurch erlangte Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der EU trägt dazu bei, dass trotz aller für den Reformprozess nötigen Anstrengungen der ausgeprägte Beitrittswunsch der Albaner erhalten bleibt.

Fortgeführter Machtkampf oder europäische Perspektive?

Albanien macht nur geringe Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und Konsolidierung seiner Demokratie. Wie schon die Präsidentschaftswahl 2012 wird die Parlamentswahl 2013 den Reformprozess mit großer Sicherheit erneut verlangsamen, da die politischen Protago-

nisten ihre Streitigkeiten im Wahlkampf noch einmal verschärfen werden. In der Überwindung der Polarisierung liegt der Schlüssel für eine zukünftige europäische Integration Albaniens. Langfristig kann nur das eigenverantwortliche Handeln einer europäisch sozialisierten Elite das Land in die EU führen.

Der nächste EU-Fortschrittsbericht zu Albanien wird im Oktober 2012 veröffentlicht; der Europäische Rat wird daraufhin voraussichtlich im Dezember über die Mitgliedschaftsperspektive des Landes entscheiden. Angesichts der dürftigen Ergebnisse bei der Erfüllung der zwölf Prioritäten der EU erscheint die Verleihung des Kandidatenstatus jedoch unsicher. Solch ein Schritt wäre dann eine politisch motivierte Entscheidung und nicht rein sachlich zu rechtfertigen.

Ulrike Stern, Programmmitarbeiterin Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung, Forschungsinstitut der DGAP;
Sarah Wohlfeld, Programmmitarbeiterin Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung, Forschungsinstitut der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jens Oliver Schmitt, Albanien zwischen Staatszerfall und hürdenreicher Annäherung an die Europäische Union, in: Iskra Schwarcz / Arnold Suppan (Hrsg.), Quo vadis EU? – Osteuropa und die EU-Erweiterung, Wien 2008, S. 435–446, hier S. 439.
- 2 Parteivorsitzender von 1991 bis 1992, anschließend Übernahme des Präsidentenamts; 1997 Rücktritt vom Präsidentenamt und erneute Übernahme des Parteivorsitzes; seit 2005 Ministerpräsident.
- 3 Interview mit Sali Berisha am 12. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 4 Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 436.
- 5 Als Quellen dienen dabei unter anderem 24 leitfadengestützte Experteninterviews mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, den Medien und der Zivilgesellschaft, die die Autorinnen im Januar 2012 in Tirana und Shkoder in Albanien sowie im Mai und Juni 2012 in Berlin geführt haben.
- 6 Parteivorsitzender seit 2005; von 2000 bis 2011 Bürgermeister von Tirana.
- 7 DP und SP vereinen erhebliche Mitgliederzahlen und die Mehrzahl der Wähler auf sich. Etwa zehn kleinere Parteien haben ein Wählerpotenzial jeweils zwischen 2 und 5 Prozent. Zusätzlich gibt es eine große Anzahl sehr kleiner Parteien ohne eigene Machtbasis, häufig durch Abspaltungen gegründet. Vgl. Michael Schmidt-Neke, Das politische System Albaniens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die poli-

- tischen Systeme Osteuropas, Opladen 2010, S. 1007–1052, hier S. 1030.
- 8 Vgl. UNO-Sicherheitsrat (Hrsg.): Resolution 1101 (1997) vom 28. März 1997, <http://www.un.org/depts/german/sr/sr_97/sr1101.pdf> (abgerufen am 13.5.2012).
 - 9 Vgl. Interview mit Gentian Mema am 7. Januar 2012 in Shkoder/Albanien. Mema ist Direktor für Internationale Beziehungen in der Stadtverwaltung Shkoder/Albanien.
 - 10 Vgl. Interview mit Gjergji Vurmo am 10. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Vurmo ist Programmdirektor im »Institute for Democracy and Mediation«.
 - 11 Vgl. Peter Schubert, Albanische Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen nationaler Eigenstaatlichkeit und europäischer Integration, Frankfurt/Main et al. 2005, S. 75.
 - 12 Vgl. Interview mit Michael Weichert am 11. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Weichert war zu diesem Zeitpunkt Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Tirana/Albanien.
 - 13 Vgl. Interview mit Gjergji Vurmo am 10. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
 - 14 Vgl. Corina Stratulat / Gjergji Vurmo, Opportunity knocks: can the EU help Albania to help itself? European Policy Centre Policy Brief, March 2012, S. 2, <http://epc.eu/documents/uploads/pub_1432_opportunity_knocks.pdf> (abgerufen am 15.4.2012).
 - 15 Vgl. European Movement Albania (Hrsg.): Which role for the Albanian parliament in the EU integration process? Assessment of the oversight role and administrative capacities (Policy Brief), Tirana [???], November 2010, S. 2.
 - 16 Art. 78 und 81 der albanischen Verfassung.
 - 17 Vgl. Susanna Di Felicianantonio, EU Foreign Policy and Albania, in: European Foreign Affairs Review 4/1999, S. 519–536, hier S. 521.
 - 18 Vgl. OSCE/ODIHR (Hrsg.): Republic of Albania – Parliamentary Elections 28 June 2009, OSCE/ODIHR Election Observation Mission, Final Report, Warschau September 2009, <www.osce.org/odihr/elections/albania/38598> (abgerufen am 4.4.2012).
 - 19 Vgl. Gledis Gjjipali, Albania, in: Freedom House (Hrsg.), Nations in Transition 2012, S. 47–64, hier S. 48–49, <http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Albania_final_0.pdf> (abgerufen am 27.8.2012).
 - 20 Vgl. Interview mit Michael Weichert am 11. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
 - 21 Der Oberste Justizrat, bestehend aus dem Präsidenten, dem Vorsitzenden des Obersten Gerichts, dem Justizminister, drei Abgeordneten und neun Richtern, ernennt Richter und entscheidet über Versetzung und Disziplinarverfahren.
 - 22 Vgl. Schmidt-Neke, op.cit. (Anm. 7), S. 1012.
 - 23 Vgl. ebenda, S. 1013.
 - 24 Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, kurz »Venedig-Kommission«, ist eine Einrichtung des Europarats. Sie ist ein internationales, unabhängiges Beratungsorgan im verfassungsrechtlichen Bereich. Vgl. European Commission for Democracy through Law (Venice Commission – Hrsg.), Opinion on the Amendments to the Constitution of the Republic of Albania, CDL-AD(2008)033, <<http://www.venice.coe.int/docs/2008/CDL-AD%282008%29033-e.pdf>> (abgerufen am 4.4.2012).
 - 25 Vgl. Gjipali, op.cit. (Anm. 19), S. 62.
 - 26 Der ehemalige Verfassungsrichter Xhezair Zaganjori zog nach Ablehnung durch die Sozialisten seine Kandidatur zurück. Für den vierten Wahlgang nominierten die Demokraten Artan Hoxha, Wirtschaftsexperte und Kommentator für albanische Medien. Auch dieser wurde von den Sozialisten abgelehnt. Überraschend zog Hoxha trotz sicherer Wahlchancen durch die im vierten Wahlgang nur noch erforderliche absolute Mehrheit wenige Minuten vor dem entscheidenden Wahlgang die Kandidatur zurück.
 - 27 Thomas Schrapel, Nishani neuer Staatspräsident, Analyse der Wahlen vom 11. Juni 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Länderbericht, 2012, S. 3.
 - 28 Vgl. Schmidt-Neke, op.cit. (Anm. 7), S. 1026.
 - 29 Vgl. European Commission for Democracy through Law (Venice Commission) and OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (OSCE/ODIHR) (Hrsg.): Joint Opinion on the Electoral Law and the Electoral Practice of Albania, CDL-AD(2011)042, S. 4, 20 <<http://www.osce.org/odihr/86424>> (abgerufen am 5.3.2012).
 - 30 Vgl. ebenda, S. 20–21.
 - 31 Vgl. Interview mit Michael Weichert am 11. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
 - 32 Vgl. FRIDE (Hrsg.): Democracy Monitoring Report – Albania, April 2010, S. 17, <http://www.fride.org/download/IP_Albania_ENG_ap10.pdf> (abgerufen am 3.3.2012).
 - 33 Vgl. Interview mit albanischer Hörfunkjournalistin am 13. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Die Journalistin hat um Anonymisierung ihres Interviews gebeten.
 - 34 Vgl. FRIDE 2010, S. 17.
 - 35 Vgl. Gjipali, op.cit. (Anm. 19), S. 57.
 - 36 Vgl. Interview mit Aldo Merkoçi am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Merkoçi ist verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der zivilgesellschaftlichen Bewegung »MJAFI«.
 - 37 Interview mit Eugen Wollfarth am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Wollfarth ist OSZE-Botschafter in Albanien.
 - 38 Vgl. Interview mit Gjergji Vurmo am 10. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
 - 39 Vgl. Interview mit Gledis Gjipali am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Gjipali ist Geschäftsführer des »Euro-

- pean Movement Albania».
- 40 Vgl. Interview mit Aldo Merkoçi am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 41 Vgl. Stratulat / Vurmo, op.cit. (Anm. 14), S. 3.
- 42 Vgl. Schmidt-Neke, op.cit. (Anm. 7), S. 1041.
- 43 Vgl. Interview mit Aldo Merkoçi am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 44 Vgl. Robert C. Austin / Jonathan Ellison, Post-Communist Transitional Justice in Albania, in: *East European Politics & Societies* 2/2008, S. S. 373–401, hier: S. 378.
- 45 Vgl. Michael Weichert, Albanien am Scheideweg. Von der politischen Krise zur Krise des politischen Systems? (FES Tirana, Perspektive), März 2011, S. 2–3, <<http://library.fes.de/pdf-files/id/07893.pdf>> (abgerufen am 15.12.2011).
- 46 Interview mit Besnik Mustafaj am 10. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Mustafaj ist Mitbegründer der DP und bekleidete von 2005–2007 das Amt des Außenministers.
- 47 Vgl. Interview mit Michael Weichert am 11. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 48 Vgl. Austin / Ellison, op.cit. (Anm. 44), S. 382 ff.
- 49 Vgl. European Commission for Democracy Through Law (Venice Commission) (Hrsg.), *Amicus Curiae Opinion on the Law of the Cleanliness of the Figure of High Functionaries of the Public Administration and Elected Persons of Albania*, CDL-AD(2009)044, <<http://www.venice.coe.int/docs/2009/CDL-AD%282009%29044-e.pdf>> (abgerufen am 12.4.2012).
- 50 Vgl. Eunacal Institute Tirana (Hrsg.), *Analysis of key survey results on the perceptions and expectations of citizens and business toward Albania's EU accession and the use of web 2.0 technologies for political deliberation*, Tirana, November 2010, S. 3, <http://eunacal.org/wp-content/uploads/2010/06/Executive_Summary_EUNACAL_and_OSFA_Survey.pdf> (abgerufen am 15.6.2012).
- 51 Vgl. Gjipali, op.cit. (Anm. 19), S. 49, 59.
- 52 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): *Albania 2011 Progress Report*, SEC(2011) 1205 final, 12. Oktober 2011, S. 11, <http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/al_rapport_2011_en.pdf> (abgerufen am 3.5.2012).
- 53 Vgl. ebenda, S. 14.
- 54 Vgl. Vilma Filaj-Ballvora, *Kultur der Straflosigkeit in Albanien*, in: *Deutsche Welle Online* 21. Januar 2012, <<http://www.dw.de/dw/article/0,,6700468,00.html>> (abgerufen am 12.4.2012).
- 55 Vgl. FRIDE 2010, S. 18 ff.
- 56 CPI-Score für Albanien: 2,5 (2002); 2,5 (2003); 2,5 (2004); 2,4 (2005); 2,6 (2006); 2,9 (2007); 3,4 (2008); 3,2 (2009); 3,3 (2010); 3,1 (2011).
- 57 Interview mit Eugen Wollfarth am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 58 Unklar bleibt, ob dies an der gestiegenen Produktion oder der besseren Arbeit der staatlichen Stellen liegt.
- 59 Vgl. Interview mit Eugen Wollfarth am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 60 Vgl. OSCE Presence in Albania (Hrsg.): *Anti-trafficking*, <<http://www.osce.org/albania/43317>> (abgerufen am 13.5.2012).
- 61 Vgl. Steven Blockmans, *Tough love: The European Union's relations with the Western Balkans*, Brussels 2007, S. 334.
- 62 Vgl. Misha Glenny, *Balkan Organised Crime*, in: Batt, Judy (Hrsg.): *Is there an Albania Question?*, in: Batt, Judy (Hrsg.): *Is there an Albanian Question?*, Chaillot Paper, 2008/107, S. 87–104, hier S. 103f.
- 63 Vgl. Interview mit Artan Hoxha am 12. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Hoxha ist Präsident des Institutes for Contemporary Studies (ISB) in Tirana/Albanien und war bei der Präsidentschaftswahl 2012 kurzzeitig Kandidat der DP.
- 64 Vgl. Vortrag vom damaligen albanischen Außenminister Edmond Haxhinasto am 8. November 2011 in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin/Deutschland.
- 65 Vgl. Gjergj Erebara, *IMF urges Albania to raise taxes*, *Albanian Economy.com*, 24. Juni 2011, <<http://www.albanianeconomy.com/news/2011/06/24/imf-urges-albania-to-raise-taxes/>> (abgerufen am 13.5.2012).
- 66 Vgl. Schmitt, op.cit. (Anm. 1), S. 445.
- 67 Vgl. OSCE Presence in Albania (Hrsg.): *Property Reform*, <<http://www.osce.org/albania/44305>> (abgerufen am 13.5.2012).
- 68 Vgl. European Movement Albania (EMA): *Is the return worth it? On the reintegration of high skilled returnees in Albania*, Policy Paper, Dezember 2011, S. 3.
- 69 Leider verhindert auch hier eine unbefriedigende Datengrundlage zahlenmäßige Festlegungen. Siehe Interview mit Blerta Hoxha am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Hoxha ist Policy Researcher beim European Movement Albania (EMA) in Tirana.
- 70 Vgl. Interview mit Blerta Hoxha am 9. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 71 Vgl. European Movement Albania (EMA), op.cit. (Anm. 68), S. 6.
- 72 Vgl. Blockmans, op.cit. (Anm. 61), S. 251.
- 73 Vgl. Europäischer Rat (Hrsg.): *Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA)*, Amtsblatt Nr. L 210 vom 31/07/2006 S. 0082–0093, <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:210:0082:01:de:HTML>> (abgerufen am 6.12.2011).
- 74 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): *Communication from the Commission to the European Parliament and*

the Council, Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA) – Revised multi-annual indicative financial framework for 2012 – 2013, 12. Oktober 2011, COM(2011) 641 final, <http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/how_does_it_work/miff_12_10_2011.pdf>, S. 8 (abgerufen am 13.11.2011).

- 75 Vgl. Rat der Europäischen Union (Hrsg.): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat am 14./15. Dezember 2006 in Brüssel, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/92219.pdf> (abgerufen am 12.5.2012).
- 76 Neben der EU nehmen auch nationale Akteure wie die deutsche GIZ oder die US-amerikanische USAID sowie multinationale Akteure wie die Weltbank und die OSZE durch verschiedenste Förderprogramme – beispielsweise in den Bereichen Mittelstandsförderung, Umweltschutz und öffentliche Verwaltung – Einfluss auf die Fortentwicklung des Landes.
- 77 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Commission

Opinion on Albania’s application for membership of the European Union, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, COM(2010)680, 9. November 2010, S. 11 f., <http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/al_opinion_2010_en.pdf> (abgerufen am 13.11.2011).

- 78 Vgl. Stratulat / Vurmo, op.cit. (Anm. 14), S. 2.
- 79 Vgl. Interview mit Blerta Hoxha am 10. Januar 2012 in Tirana/Albanien.
- 80 Vgl. Remzi Lani/ Deniz Devrim, Is Albania’s Moderating Voice in Southeast Europe Taking for Granted?, in: notes international CIDOB, May 2010, S. 5.
- 81 Vgl. Interview mit Arcena Trashani am 13. Januar 2012 in Tirana/Albanien. Trashani ist aktuell Abgeordnete für die DP im albanischen Parlament und war zwischen 2005 und 2007 Ministerin für Europäische Integration. Sie unterzeichnete 2006 für die albanische Seite das SAA.

